Landkreis Erlangen-Höchstadt

Niederschrift

über die

24. Sitzung des Kreistages

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin:	Montag, den 10.10.2011
Sitzungsbeginn:	09:00 Uhr
Sitzungsende:	10:15 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:

stv. Landrätin Karin Knorr

CSU-Fraktion

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder	
Kreisrat Andreas Galster	
Kreisrat Karl-Heinz Hertlein	ab 9:19 Uhr, während TOP I/1
Kreisrätin Gabriele Klaußner	ab 9:15 Uhr, während TOP I/1
Kreisrat Waldemar Kleetz	
Kreisrat Hans Lang	
Kreisrat Dr. Christoph Maier	
Kreisrätin Christa Matschl	
Kreisrat Robert Mirschberger	
Kreisrätin Dr. Ute Salzner	
Kreisrätin Friederike Schönbrunn	
Kreisrat Bernhard Schwab	
Kreisrat Michael Schwägerl	
Kreisrätin Doris Wüstner	

SPD-Fraktion

Kreisrat Jörg Bubel	
Kreisrat Konrad Eitel	
Kreisrat Konrad Gubo	
Kreisrat Dr. German Hacker	ab 9:13 Uhr, während TOP I/1
Kreisrat Andreas Hänjes	
Kreisrätin Jutta Ledertheil	
Kreisrat Gotthard Lohmaier	
Kreisrätin Thekla Mück	
Kreisrat Paul Neudörfer	
Kreisrat Christian Pech	
Kreisrätin Birgit Rigoll	
Kreisrat Richard Schleicher	
Kreisrätin Rosemarie Schmitt	
Kreisrätin Melitta Schön	
Kreisrätin Renate Schroff	
Kreisrat Günter Schulz	
Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger	

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm	
Kreisrat Günter Fensel	
Kreisrat Karsten Fischkal	
Kreisrätin Irene Häusler	
Kreisrat Hans Mitschke	
Kreisrat Valentin Schaub	
Kreisrat Bernhard Seeberger	
Kreisrat Dr. Manfred Welker	
Kreisrat Joachim Wersal	

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Manfred Bachmayer	
Kreisrätin Irmgard Conrad	
Kreisrat Wolfgang Hirschmann	
Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet	

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Katharina Dassler	
Kreisrat Jörg Rohde	ab 9:17 Uhr, während TOP I/1
Kreisrätin Elke Weis	

Gäste/Sachverständige

stv. Personalratsvorsitzender Ludwig Auburger	bis 10:12 Uhr; nach TOP II/1

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Dieter Sperber	
Verwaltungsamtmann Marcus Schlemmer	
Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt	
Regierungsdirektor Wolfgang Fischer	
Oberregierungsrätin Kathrin Gensler	bis 10:10 Uhr, Ende öffentliche Sitzung
Kreisbaumeister Thomas Lux	bis 10:12 Uhr; nach TOP II/1
Verwaltungsoberamtsrat Heinz Ettinger	
Beschäftigter Andreas Brandmann	bis 10:12 Uhr; nach TOP II/1
Verwaltungsamtsrat Norbert Walter	bis 10:12 Uhr; nach TOP II/1
Verwaltungsamtmann Dietmar Pimpl	bis 10:12 Uhr; nach TOP II/1
Verwaltungsobersekretär Stephan Lindemann	bis 10:10 Uhr, Ende öffentliche Sitzung

Nicht anwesend:

CSU-Fraktion
Kreisrat Armin Goß
Kreisrat Martin Hofmann
Kreisrat Michael Mirschberger
Kreisrat Stefan Müller
Kreisrat Reinhard Nagengast
Kreisrat Walter Nussel
Kreisrat Andreas Röckelein
Kreisrat Ulrich Wustmann

FW-Fraktion
Kreisrat Wilfried Glässer
Kreisrat Manfred Wiehgärtner

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisrat Bernhard Kollischan
Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Gymnasium Höchstadt a. d. Aisch - Errichtung eines Ersatzneubaus; Maßnahmebeschluss.

2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2011; Neue Windkraftflächen im Landkreis.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

……

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 27.09.2011; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung schlägt stv. Landrätin Knorr vor, die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte

„3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011; Jedermannsrennen 2011“

und auf Vorschlag des Kreisausschusses

„4. Information zum Ergebnis einer standardisierten Bewertung der L-Variante der StUB“

zu ergänzen.

Die Mitglieder des Kreistages sind damit einverstanden.

Stv. Landrätin Knorr stellt den Antrag zur Geschäftsordnung den Tagesordnungspunkt 2 „Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2011; Neue Windkraftflächen im Landkreis“ nicht zu behandeln, da es sich um keine Angelegenheit des Landkreises handelt.

In mehreren Wortmeldungen wird deutlich gemacht, dass durchaus ein Informationsbedarf über das Ergebnis des Verfahrens des Regionalen Planungsverbandes besteht und die Thematik darüber hinaus auch für das beauftragte Klimaschutzkonzept des Landkreises interessant sein könnte.

Kreisrat und Sprecher der Bürgermeister Wersal teilt ergänzend mit, dass zwischen den Bürgermeistern und der Regierung von Mittelfranken bereits ein Gespräch hierzu stattgefunden hat. Die Thematik wurde jedoch noch nicht in allen Gemeinderäten behandelt und darüber beschlossen. Dies sollte abgewartet werden.

Stv. Landrätin Knorr lässt darüber abstimmen, ob die Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 „Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2011;Neue Windkraftflächen im Landkreis“ vertagt werden soll.

Die Mitglieder des Kreistages stimmen mehrheitlich mit 26:18 Stimmen für eine Vertagung.

I. Öffentliche Sitzung:

1. Gymnasium Höchstadt a. d. Aisch - Errichtung eines Ersatzneubaus; Maßnahmebeschluss

Den Mitgliedern des Kreistages liegt zu diesem Tagesordnungspunkt eine ausführliche Sitzungsvorlage vor.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreis führt die Baumaßnahme Ersatz-Neubau am Gymnasium in Höchstadt a. d. Aisch gemäß der vorliegenden Planungen des Architekturbüros Haindl und Leyh durch.

a) Die Gesamtkosten belaufen sich derzeit auf 7.160.000,00 €.

b) Die für die Realisierung notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2012 und in den Folgejahren bei Haushaltsstelle 1.2352.9402 vorzusehen.

c) Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten und die Anträge auf schulaufsichtliche Genehmigung und Förderung nach Art.10 FAG bei der Regierung von Mittelfranken termingerecht bis spätestens 15.10.2011 einzureichen. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt bei der Regierung von Mittelfranken die Erlaubnis zum vorzeitigen Baubeginn zu beantragen.

d) Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt in Zusammenarbeit mit der Schulleitung die Interimsunterbringung während der Bauzeit zu erarbeiten.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 48 Nein: 0 Anwesend: 48**

2. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2011; Neue Windkraftflächen im Landkreis

Abstimmung: vertagt

3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011; "Jedermannsrennen 2011"

Die Mitglieder des Kreistages erhalten zu diesem Tagesordnungspunkt eine ausführliche Tischvorlage. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreisrat Bachmayer dankt für die ausführliche Beantwortung der Anfrage und bittet abschließend bei künftigen Sperrungen immer auf eine umfassende Information der Öffentlichkeit zu achten.

4. Information zum Ergebnis einer standardisierten Bewertung der L-Variante der StUB

Kreisrat und Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach Dr. Hacker erläutert im Rahmen eines kurzen Vortrages das Ergebnis eines Gutachtens zur sogenannten L-Variante einer Stadt-Umland-Bahn (StUB) zwischen Herzogenaurach und Nürnberg Am Wegfeld über Erlangen. Dieses wurde von der Stadt Herzogenaurach in enger Abstimmung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie beauftragt. Der nun ermittelte Nutzen-Kosten-Indikator von 1,10 zeige, dass ein schienengebundener ÖPNV auf dieser Strecke durchaus zu rechtfertigen sei und die L-Variante der erste Bauabschnitt einer StUB sein könnte. Es sei daher ein wichtiges Ergebnis, um einen ersten Schritt in Richtung Realisierung einer StUB, zu unternehmen. Aus diesem Grund müsse nun der formale Weg eingeschlagen werden, um eine Aufnahme dieses ersten Bauabschnittes in die Förderung nach dem Gemeinde-verkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu erreichen. Der Stadtrat der Stadt Herzogenaurach hat sich bereits einstimmig dafür ausgesprochen und ebenso festgelegt, einen finanziellen Beitrag für die Planung und Realisierung zu leisten. Weiterhin müsse nun eine Folgekostenrechnung aufgestellt werden. Positiv zur Realisierung der L-Variante habe sich auch die Bürgerinitiative „ Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal“ e. V. geäußert.

Auf Nachfrage von stv. Landrätin Knorr erläutert Regierungsdirektor Fischer bei Realisierung eines L-Netzes werde mit Kosten in Höhe von ca. 216 Mio. € gerechnet. Ein T-Netz mit Endpunkt Buckenhof im Osten koste rund 256 Mio. €. Grundsätzlich mache ein Nutzen-Kosten-Indikator von über 1,0 ein Projekt förderfähig nach dem GVFG. Die Höhe der Förderung liege erfahrungsgemäß

zwischen 60 – 80 %. Alle dadurch nicht gedeckten Kosten müssen von den beteiligten Kommunen finanziert werden. Mit einer Endhaltstelle der StUB in Buckenhof scheidet die bisherige Beteiligung des Landkreises Forchheim aus. Entsprechend würde sich der finanzielle Beitrag der übrigen Kommunen erhöhen. Wichtig sei jedoch vor allem, dass der Antrag auf Förderung nach dem GVFG die Entscheidung voraussetzt, für welches StUB-Netz ein Antrag gestellt wird. Für die mögliche Realisierung weiterer Bauabschnitte müsste ein neuer Kosten-Nutzen-Indikator errechnet werden. Es sei deshalb wichtig vorher zu klären, inwieweit dann ein vorhandener Bestand berücksichtigt werden würde.
Im weiteren Verlauf der Diskussion herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass das weitere Gutachten zur T-Variante abgewartet werden sollte. Trotz des erfreulich positiven Ergebnisses der Bewertung der L-Variante zwischen Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach erforderten die bestehenden Verkehrsprobleme im östlichen Landkreis ebenfalls eine angemessene verkehrspolitische Lösung. Maßgeblich für den Einstieg in einen ersten Bauabschnitt der StUB werde u. a. auch das weitere Verhalten der Stadt Erlangen sein.

Kreisrat Dr. Hacker bedankt sich abschließend für die grundsätzliche Unterstützung und gibt zu bedenken, dass bei keinem Straßenbahnsystem sofort der Endzustand hergestellt wird sondern eine Realisierung in Bauabschnitten durchaus üblich ist. Die Stadt Erlangen wurde über die Ergebnisse des Gutachtens ebenfalls informiert.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

……..

Erlangen, 11.10.2011

Karin Knorr
stv. Landrätin

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau

Kreisrat

Manfred Bachmayer
Hallerstr. 15
90542 Eckental
Telefon: 09126 / 287407

Kreisrätin

Dr. Christiane Kolbet
Bruckäcker 18
91085 Weisendorf
Telefon: 09135 / 799618

Grüne

Landratsamt Erlangen-Höchstadt
z.Hd. Herrn Landrat Eberhard Irlinger
Marktplatz 6

91054 Erlangen

per FAX: 09131 / 803101

Landratsamt Erlangen-Höchstadt
13. Sep. 2011
SG Beil

Eckental, 13.09.2011

Neue Windkraftflächen im Landkreis

Sehr geehrter Herr Landrat,

bei der Regierung von Mittelfranken wird mit Hochdruck an dem neuen Windkraftkonzept für die Planungsregion gearbeitet. Nach gegenwärtigem Sachstand ist für den Bereich ERH mit einer nennenswerten Zunahme der Windkraftflächen zu rechnen.

Wir beantragen daher, uns folgende Fragen in der nächsten Kreistagssitzung zu beantworten:

1. Für welche Gemeinden des Landkreises gibt es Vorschläge für neue Windkraftflächen?

2. Welchen Umfang haben die vorgeschlagenen Flächen in den einzelnen Orten?

3. Wann ist mit einem Abschluss der Suche im Landkreis zu rechnen?

4. Wie werden die BürgerInnen an der Findung neuer Windkraftflächen beteiligt bzw. darüber informiert?

5. Welche Aufgaben übernimmt das Landratsamt bei Findung der neuen Windkraftflächen?

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

13/09/2011 11:25 +499126299293 BACHMAYER S. 01/02

Begründung:

Wir sehen eine frühzeitige Bürgerbeteiligung als sinnvoll an, um die Akzeptanz künftiger Onshore-Windkraftanlagen in unserem Landkreis zu erhöhen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit der BürgerInnen, sich finanziell an diesen Projekten beispielsweise über Bürgerwindanlagen zu beteiligen. Grundlage hierfür ist umfassende Information und Transparenz. Über eine zeitnahe Behandlung beziehungsweise Beantwortung unserer Anfrage würden wir uns sehr freuen.

Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung und verbleiben
mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Christine Kolbet
Kreisrätin

Manfred Bachmayer
Kreisrat

Landkreis Erlangen-Höchstadt

Tischvorlage

Vorlage Nr.: AL 3/008/2011

Sachgebiet:	Abteilung 3 - Sicherheit und Ausländerrecht	Datum:	10.10.2011
Bearbeitung:	Kathrin Gensler	AZ:	

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Kreistag	10.10.2011	öffentliche Sitzung

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.09.2011; "Jedermannsrennen 2011"

I. Sachverhalt:

Zu den Fragestellungen hinsichtlich des „Jedermannsrennen 2011“ wird seitens der Verwaltung - ungeachtet der Tatsache, dass die Fragestellungen größtenteils die staatliche Aufgabenverwaltung des Landratsamtes betreffen - Folgendes mitgeteilt:

1. Für die Durchführung der Veranstaltung bedurfte es zum einen einer so genannten Sondernutzungserlaubnis (Berechtigung zur Nutzung der öffentlichen Straße), zum anderen erfolgte eine straßenverkehrsrechtliche Anordnung der Straßenverkehrsbehörde mit Sperrung der Rennstrecke, Umleitungsführung und -beschilderung, Halteverbote, Ausweisung von Parkflächen etc. Einer Behandlung nach dem Versammlungsgesetz bedurfte es mangels politischer Meinungskundgabe nicht (Hinweis: auch politische Demonstrationen bedürfen keiner Genehmigung nach dem Versammlungsgesetz, sondern lediglich einer Anmeldung mit der Möglichkeit für die Verwaltungsbehörde, bei Bedarf Anordnungen zu erlassen).

   Auflagen zum Schutz der an der Rennstrecke liegenden Gaststätten wurden nicht erlassen und wären rechtlich auch nicht möglich gewesen. Weder die Rechtsgrundlage nach der Straßenverkehrsordnung noch nach dem Straßen- und Wegegesetz bieten die Möglichkeit zu Anordnungen oder Auflagen zum Schutz der wirtschaftlichen Interessen von Gaststättenbetreibern. Rein tatsächlich wurde jedoch auf die Tatsache, dass sich Ausflugsgaststätten im Einzugsbereich der Rennstrecke befanden, Rücksicht genommen. Zum einen wurde vor Ort rechtzeitig über die möglichen Zufahrtsbeeinträchtigungen informiert, zum anderen waren die Gaststätten grundsätzlich jederzeit zugänglich. Teilweise konnte lediglich nicht direkt vor der Gaststätte geparkt werden, sondern mussten die Besucher einige Meter zu Fuß gehen. Die Beeinträchtigungen wurden auch dadurch so gering wie möglich gehalten, dass die Streckensperrung so bald wie möglich, d.h. am Sonntag, dem 04.09.2011, schon vor 12.00 Uhr wieder aufgehoben wurde.

2. Beschwerden bzw. Einbußen oder Geschäftsausfälle seitens der Gastwirte wurden dem Landratsamt nicht bekannt. Diese erscheinen angesichts der zeitlich wie tatsächlich nur geringen Beeinträchtigung nicht realistisch, zumal viele Gaststätten durch das Besucheraufkommen sicherlich auch von der Veranstaltung erheblich profitiert haben.

3. Die Straßenverkehrsbehörde hat sich nach fachlicher Beratung durch die Polizei dazu entschieden, das Rennen nicht unter Verkehr laufen zu lassen, sondern die Strecke zu sperren. Dies war in Anbetracht der Massen der Teilnehmer, der gefahrenen Geschwindigkeiten, des nicht Vorhandenseins eines geschlossenen Feldes, der Masse der hierzu benötigten Streckenposten und der Tatsache, dass Begleitfahrzeuge auf der Strecke waren, aus Verkehrssicherheitsgesichtspunkten die einzig vertretbare Alternative. Eine generelle Schleusenregelung, d.h. motorisiertem Besucherverkehr während des Rennens den Zugang zu den Gaststätten oder Einzelanwesen zu ermöglichen, war weder vor Ort mit den vorhandenen Kräften umsetzbar noch sachlich vertretbar. In Einzelfällen wurde vor Ort durch Polizeibeamte nach Absprache mit der Rennleitung eine Durchfahrt gewährt.

4. Konkrete Zahlen zu den Besuchern gibt es nicht. Zählungen wurden nicht vorgenommen. Größere Besucherzahlen gab es nach Kenntnis der Verwaltung in Kalchreuth, was damit zusammenhängt, dass Kalchreuth im Schnittpunkt der verschiedenen Runden lag und sich die Besucher hier leicht einen Überblick über das Renngeschehen verschaffen konnten.

   Ob durch das Jedermannsrennen ein Image-Gewinn des Landkreises zu verzeichnen ist, entzieht sich der Bewertung der Verwaltung. Der Wunsch und die Bitte, das Rennen auch im Landkreis Erlangen-Höchstadt stattfinden zu lassen, wurden seitens der Stadt Nürnberg bzw. des dortigen Veranstaltungsleiters an die Verwaltung des Landratsamtes herangetragen; nach Absprache und Befürwortung durch Herrn Landrat Irlinger wurde diesem Wunsch nachgekommen und die verwaltungsmäßige Umsetzung betrieben.

5. Die Notwendigkeit für Änderungen im Verwaltungsverfahren wird, da die Zusammenarbeit mit dem Veranstalter reibungslos klappte, nicht gesehen. Eine Einschaltung der Kreisgremien wurde angesichts der Tatsache, dass es sich bei den zu erteilenden Erlaubnissen um eine reine Angelegenheit des staatlichen Landratsamtes (straßenverkehrsrechtliche Anordnung) einerseits und um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung (Sondernutzungserlaubnis für Kreisstraße) andererseits handelt, nicht für notwendig erachtet.